

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 05 | 02.02.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 25/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der der **Kollektivvertrag** für den Verein Sozialwirtschaft Österreich – Verband der österreichischen Sozial- und Gesundheitsunternehmen (**SWÖ**) zur Satzung erklärt wird

### [BGBl II 26/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der der **Zusatzkollektivvertrag** „Zweckzuschuss“ zum **SWÖ-KV 2024** über einen Pflegezuschuss zur Satzung erklärt wird

### [BGBl II 27/2024 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend ein Verzeichnis jener **Goldmünzen**, die die Kriterien der **Steuerbefreiung** gemäß § 6 Abs 1 Z 8 lit j **Umsatzsteuergesetz** 1994 im Kalenderjahr 2024 jedenfalls erfüllen

### [BGBl II 28/2024](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur Konkretisierung der Bewertung und Anrechenbarkeit von Energieeffizienzmaßnahmen (**Energieeffizienz-Maßnahmenverordnung** – EEff-MVO)

### [BGBl II 29/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend den Inkrafttretenszeitpunkt der Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik **Österreich** und der Regierung von **Québec** im Bereich der **sozialen Sicherheit**

### [BGBl II 30/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Suchtgiftverordnung** geändert wird

### [BGBl II 31/2024 \(Anlage\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über den **Frauenförderungsplan** des Bundesministeriums für Justiz für den Zeitraum bis 31. Dezember 2028

### [BGBl II 32/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung des Bundesministers für Inneres über die vorübergehende Wiedereinführung von **Grenzkontrollen** an den Binnengrenzen zur **Slowakischen Republik** geändert wird

### [BGBl II 33/2024](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Kraftstoffverordnung** 2012 geändert wird

### [BGBl II 34/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Apothekenbetriebsordnung** 2005 und die **Arzneimittelbetriebsordnung** 2009 geändert werden

## II. AMTSBLATT DER EU

Keine Rechtsakte mit Gesetzescharakter im Berichtszeitraum.

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

01.07.2022, [E 291/2022](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch die Nichtzuerkennung des Status einer Asylberechtigten betreffend eine Staatsangehörige aus Nigeria; mangelhafte Begründung des Nichtvorliegens einer sozialen Gruppe im Hinblick auf eine nigerianische Frau, die als Opfer von Menschenhandel sexuell ausgebeutet wurde und bei ihrer Rückkehr nach Nigeria nach den Länderberichten des EASO stigmatisiert, ausgegrenzt oder diskriminiert würde

25.01.2024, [E 3681/2023](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; fehlende Ermittlungstätigkeit in entscheidenden Punkten; nicht nachvollziehbar, dass dem Bf im Falle seiner Rückkehr keine reale Gefahr einer Art 3 EMRK verletzenden Behandlung drohen werde

### B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

20.12.2023, [Ro 2023/03/0029](#)

**ParteiengG**; unter einer **Spende** im Sinne des Parteiengesetzes 2012 ist jede Zahlung, Sachleistung oder auch die Zurverfügungstellung von Personal zu verstehen, die einer Partei oder einer Gliederung der Partei ohne eine entsprechende Gegenleistung freiwillig gewährt wird; Veröffentlichungen, in denen zur Wahl einer Partei aufgerufen wurde, ohne dass diese dafür bezahlt hat, stellen Sachleistungen und somit Spenden dar; von Personenkomitees geschaltete **Inserate** sind als Spenden zu qualifizieren; das BVwG durfte auch die Geldbuße erhöhen, weil es sich bei dem Verfahren zur Verhängung einer **Geldbuße** um kein (Verwaltungs)Strafverfahren handelt

21.12.2023, [Ro 2022/07/0012](#)

**ForstG; Tir Wald-und WeideservitutenG**; nach § 2 Abs 2 Tir Wald-und WeideservitutenG führt eine Nichtausübung von **Weiderechten** nicht dazu, dass diese Rechte erlöschen; der Umstand, dass Weideberechtigte ihre Rechte nicht mehr ausüben und auch offenkundig kein Interesse mehr daran haben, ändert nichts daran, dass diesen Weideberechtigten ihre Rechte weiterhin zustehen; die Verpflichtung des Waldeigentümers, Einforstungswälder so zu bewirtschaften, dass die Ausübung der **Einforstungsrechte** gewährleistet ist, besteht nicht nur in Wäldern, in denen Einforstungsrechte „ausgeübt werden“, sondern nach dem eindeutigen Wortlaut des § 32 Abs 1 ForstG in solchen, auf denen Einforstungsrechte „lasten“; ein Recht lastet dann auf einem Grundstück, wenn es aufrecht ist; wenn Weiderechte einmal rechtswirksam begründet wurden, lasten sie so lange auf dem verpflichteten Grundstück, bis sie von der Agrarbehörde aufgehoben werden

21.12.2023, [Ra 2022/07/0056](#)

**AbfallwirtschaftsG**; hinsichtlich der Frage, ob bestimmte (neu zu errichtende) Einrichtungen Teil einer (bereits bestehenden) **Behandlungsanlage** nach § 2 Abs 7 Z 1 AbfallwirtschaftsG sind, ist nicht maßgeblich, ob die Einrichtungen in einem sachlichen (betrieblichen) und örtlichen Zusammenhang stehen, sondern ob im dargestellten Sinn ein **technischer Zusammenhang** der Einrichtungen besteht; die gegenständliche Bodenaushubdeponie und die bereits zuvor genehmigte Baurestmassendepone dienen jeweils für sich der Behandlung von Abfällen (§ 2 Abs 5 Z 1 leg cit); die Ablagerung der Abfälle in der Bodenaushubdeponie erfolgt dabei getrennt und ohne technischen Zusammenhang; keine der beiden Anlagen stellt im dargestellten Sinn eine technisch verbundene andere Einrichtung dar, die der anderen Anlage vor- oder nachgeschaltet ist

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 04.01.2024, [W298 226986-1](#)

**DSGVO**; die Frage, ob die Verarbeitung der Daten gegen datenschutzrechtliche Pflichten verstoßen hat, ist nicht mit dem **Maßstab des Übermaßverbots** begrenzt, da die mitbeteiligte Partei zwar als Behörde eingerichtet ist, aber als Rechtsvertreter der Körperschaften des Bunds einem professionellen Parteienvertreter gleichzuhalten ist; es wäre vollkommen überschießend, von der mitbeteiligten Partei zu verlangen, dass sie a priori davon ausgehen musste, dass Daten der Justizbehörden zu einem bestimmten Zweck übermittelt werden, nicht datenschutzkonform behandelt werden

LVwG Oö 22.11.2023, [LVwG-050283](#)

**Oö HundehalteG**; im Gegensatz zur vorangegangenen Fassung des § 8 Oö HundehalteG, die die Anordnung von **Maßnahmen** auch für zu **befürchtende Gefährdungen** von anderen Tieren vorsah, sieht die anzuwendende Fassung dieser Bestimmung die Gefährdung von anderen Tieren nicht mehr als Anlass für die Anordnung von Maßnahmen vor

LVwG Vbg 21.12.2023, [LVwG-302-3/2023-R14](#)

**Vbg RaumplanungsG**; in den Fällen, in denen die Durchführung eines **Grenzänderungsverfahrens** gem §§ 53 ff Vbg RaumplanungsG angezeigt ist, erweist sich die **Durchführung eines Umlegungsverfahrens** nach §§ 41 ff leg cit als unzulässig; § 42 Abs 1 lit b leg cit kann nicht so ausgelegt werden, dass im Fall von nur zwei (ungünstig geformten) aneinandergrenzenden Grundstücken der Eigentümer des größeren Grundstücks die Gemeinde zur Einleitung eines Umlegungsverfahrens (gegen den Willen des Grundeigentümers des kleineren Grundstücks) verpflichten könnte

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

30.01.2024, [Rs C-560/20, Landeshauptmann von Wien \(Regroupement familial avec un mineur réfugié\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Einwanderungspolitik** – Recht auf Familienzusammenführung – Richtlinie 2003/86/EG – Art 10 Abs 3 Buchst a – **Familienzusammenführung** eines **unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings** mit seinen Verwandten in gerader aufsteigender Linie ersten Grades – Art 2 Buchst f – Begriff

„unbegleiteter Minderjähriger“ – Zum Zeitpunkt der Antragstellung minderjähriger Zusammenführender, der aber während des Familienzusammenführungsverfahrens **volljährig** geworden ist – **Maßgeblicher Zeitpunkt** für die Beurteilung der Minderjährigkeit – Frist für die Stellung eines Antrags auf Familienzusammenführung – Volljährige Schwester des Zusammenführenden, die aufgrund einer schweren Krankheit die dauerhafte Unterstützung ihrer Eltern benötigt – Praktische Wirksamkeit des Rechts eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings auf Familienzusammenführung – Art 7 Abs 1 – Art 12 Abs 1 Unterabs 1 und 3 – Möglichkeit, die Familienzusammenführung von **zusätzlichen Voraussetzungen** abhängig zu machen

### [30.01.2024, Rs C-255/21, Reti Televisive Italiane](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2010/13/EU – **Audiovisuelle Mediendienste** – Art 23 Abs 1 und 2 – **Höchstsendezeiten** für Fernsehwerbung pro Stunde – Ausnahmen – Begriff „Hinweise des Fernsehveranstalters auf eigene Sendungen“ – Hinweise eines Fernsehveranstalters, um Sendungen eines Radiosenders zu vertreiben, der zur selben Sendergruppe wie er selbst gehört

### [30.01.12.2024, Rs C-118/22, Direktor na Glavna direksia „Natsionalna politsia“ pri MVR - Sofia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zweck der Bekämpfung von Straftaten – Richtlinie (EU) 2016/680 – Art 4 Abs 1 Buchst c und e – **Datenminimierung** – Beschränkung der Speicherung – Art 5 – **Angemessene Fristen** für die Löschung oder regelmäßige Überprüfung der Notwendigkeit der Speicherung – Art 10 – Verarbeitung biometrischer und genetischer Daten – **Unbedingte Erforderlichkeit** – Art 16 Abs 2 und 3 – Recht auf Löschung – **Einschränkung der Verarbeitung** – Art 52 Abs 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Rechtskräftig verurteilte und später rehabilitierte natürliche Person – **Frist** für die Datenspeicherung **bis zum Tod** – Kein Recht auf Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung – **Verhältnismäßigkeit**

### [30.01.2024, Rs C-442/22, Dyrektor Izby Administracii Skarbowej w Lublinie \(Fraude d'un employé\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 203 – Verpflichtung zur Zahlung – Person, die die Mehrwertsteuer in einer Rechnung ausweist – Mehrwertsteuerpflichtiger – Von einem Mitarbeiter ausgestellte **falsche Rechnungen**, in denen die Daten seines Arbeitgebers **ohne dessen Wissen** und **Zustimmung** aufgeführt sind – Sorgfalt des Arbeitgebers

### [30.01.2024, Rs C-471/22, Agencja „Patna infrastruktura“ \(Financement européen d'infrastructures routières\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Kohäsionsfonds** der Europäischen Union – Verordnung (EG) Nr 1083/2006 – Art 99 und 101 – **Finanzielle Berichtigungen** im Zusammenhang mit **aufgedeckten Unregelmäßigkeiten** – Verordnung (EU) 2021/1060 – Art 104 – Von der Kommission vorgenommene **Finanzkorrekturen** – Beschluss der Kommission, mit dem ein Beitrag aus diesem Fonds teilweise gestrichen wird – **Gültigkeit** – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 41 – Recht auf eine gute Verwaltung – Art 47 Abs 1 – Recht auf einen wirksamen gerichtlichen Rechtsbehelf

### [30.01.2023, Rs C-580/22 P, bonnanwalt / EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Nichtigkeitsverfahren – **Wortmarke tagesschau** – Erklärung des teilweisen Verfalls – Vertretung durch einen Anwalt – **Unabhängigkeitserfordernis**

## **SCHLUSSANTRÄGE**

### [01.02.2024, Rs C-533/22, Adient \(GA Kokott\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – **Ort einer Dienstleistung** – Stammhaus oder feste Niederlassung – Niederlassung einer inländischen Konzerngesellschaft als feste Niederlassung einer ausländischen Konzerngesellschaft – **Irrelevanz gesellschaftsrechtlicher Verbindungen** – Zurechnung der Niederlassung des Vertragspartners – Begründung einer festen Niederlassung mittels eines Dienstleistungsvertrages – Feste Niederlassung im Inland als Substitution eines Stammhauses im Ausland

[01.02.2024, Rs C-53/23, Asociația "Forumul Judecătorilor din România" \(Associations de magistrats\) \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Rechtsstaatlichkeit** – Unabhängigkeit der Justiz – Art 2 EUV – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Art 12 und 47 der Charta – Verfügung zur **Benennung von Staatsanwälten** für die Ermittlung von mutmaßlichen Straftaten und Korruptionsvorwürfen und die Einleitung entsprechender Verfahren gegen Richter und Staatsanwälte – Klage von Verbänden von Richtern und Staatsanwälten auf teilweise **Nichtigerklärung der Verfügung** – Klagebefugnis von Verbänden – Subjektives Recht oder berechtigtes Interesse als Klagevoraussetzung nach nationalem Recht

[01.02.2024, Rs C-70/23 P, Westfälische Drahtindustrie ua / Kommission \(GA Rantos\)](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – Kartelle – Markt für Spannstahl – COMP/38.344 – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV und Art 53 des EWR-Abkommens festgestellt wird – Urteil, mit dem der Beschluss teilweise für nichtig erklärt und eine Geldbuße festgesetzt wird, deren Höhe der ursprünglich verhängten Geldbuße entspricht – Beschluss der Kommission über den geschuldeten Restbetrag der Geldbuße – **Zeitpunkt der Fälligkeit** einer **Geldbuße**, deren Höhe vom Unionsgericht in Ausübung seiner Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung festgesetzt wurde

## **B. GERICHT**

[31.01.2024, Rs T-173/23, Simpson Performance Products/ EUIPO - Freundlieb \(BANDIT\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der Unionswortmarke **BANDIT** – Ältere nicht eingetragene Wortmarke **BANDIT** – **Relatives Eintragungshindernis** – Art 8 Abs 4 der Verordnung (EU) 2017/1001 – Art 2 Abs 2 Buchst g der Delegierten Verordnung (EU) 2018/625 – Bestimmung der Waren und Dienstleistungen, auf die sich der **Widerspruch** stützt

[31.01.2024, Rs T-188/23, IU Internationale Hochschule/ EUIPO \(IU International University of Applied Sciences\)](#)

Unionsmarke – Internationale **Registrierung mit Benennung** der Europäischen Union – Wortmarke IU International University of Applied Sciences – **Absolutes Eintragungshindernis** – Beschreibender Charakter – Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EU) 2017/1001 – Begründungspflicht – Art 94 Abs 1 der Verordnung 2017/1001

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

**30.01.2024, Beschwerde Nr [59065/21](#), Bernotas/Litauen**

**Keine Verletzung von Art 1 1.ZPEMRK** (Schutz des Eigentums); Verpflichtung zur **Erstattung der Pension** wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, die einer Person gezahlt wurde, die der Bf durch einen **Unfall** verletzt hatte, durch die Sozialversicherungsbehörden; Verfahren, das dem Bf Gelegenheit gab, seinen Fall den zuständigen Behörden darzulegen; Möglichkeit des Bf, eine Neufestsetzung und Herabsetzung des ihm geschuldeten Schadensbetrags zu beantragen; innerstaatlichen Behörden haben flexibel gehandelt und Maßnahmen ergriffen, die darauf abzielen, die dem Bf auferlegte finanzielle Belastung zu verringern; Dauer des streitigen Eingriffs lang, aber nicht unverhältnismäßig; angemessener Ausgleich zwischen den auf dem Spiel stehenden konkurrierenden Interessen unter den Umständen des Einzelfalls

**30.01.2024, Beschwerde Nr [34358/16](#), Akhmednabiyev und Kamalov/Russland**

**Verletzung von Art 2 EMRK** (Recht auf Leben); unzureichende **Untersuchung des Mords** an den Angehörigen der Bf; Nichterfüllung der **positiven Verpflichtung** des Staats, präventive operative Maßnahmen zum Schutz des Lebens des Vaters des ersten Bf zu ergreifen; Bestehen einer „realen und unmittelbaren“ Gefahr für sein Leben; Status des Vaters des ersten Bf als Journalist schuf eine zusätzliche Verpflichtung, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um seinen Schutz im Einklang mit den einschlägigen internationalen Standards und Empfehlungen zu gewährleisten; keine reale und unmittelbare Gefahr für das Leben des Neffen des zweiten Bf

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## [Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

### **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

### **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.